

„Talkrunde Recht“ der Abteilung Rechtsberatung/ Rechtspolitik/ Forschung

- Hilfemöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe für schwangere Frauen
- Datenschutz zwischen Kita und ASD in Gefährdungsfällen
- Interdisziplinärer Informationsaustausch im Kinderschutz (MiStra)
- Familienzusammenführung zum unbegleiteten Minderjährigen
- Kopftuchverbot für Fachkräfte der Wirtschaftlichen Jugendhilfe?
- Anrechnung von Pflegegeld nach der Pflegeversicherung auf das Pflegegeld nach dem SGB VIII?
- Kürzung des Barbetrags zur persönlichen Verfügung als Disziplinarmaßnahme?
- Gewöhnlicher Aufenthalt des Säuglings
- Mangelfall – Einkommen der neuen Ehefrau

Hilfemöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe für schwangere Frauen

Leistungsadressaten in der Kinder- und Jugendhilfe

Grundsatz

Kinder, Jugendliche und junge Volljährige
Eltern und andere Bezugspersonen von Kindern

Hilfe zur Erziehung (§ 27 SGB VIII)

Anspruchsinhaber:
Personensorgeberechtigte bei
der Erziehung eines Kindes oder
Jugendlichen.

Keine Rechtsansprüche, daher
abhängig von politischem Willen.

Besondere fachpolitische Bedeutung:
mit BKischG hervorgehoben.
Siehe auch Info-Pflicht nach § 2 KKG.



Ausnahmen

Betreuung in Mutter-Kind- Einrichtung (§ 19 I 3 SGB VIII)

Ausdrückliche Einbeziehung
schwangerer Frauen.

Hilfe für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII)

Kann auch Unterstützung bei
Wahrnehmung der
Elternverantwortung umfassen.

Beratung und Hilfe beim Aufbau elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenz (§ 16 Abs. 3 SGB VIII)

Ausdrücklich auf schwangere
Frauen und werdende Väter
bezogen.

Datenschutz zwischen Kita und ASD in Gefährdungsfällen - Aufgabe der insoweit erfahrenen Fachkraft

Allgemeiner Sozialer Dienst

Gefahren-
abwehr
§ 8a Abs.1
SGB VIII

Unabdingbare Schwelle
der Datenweitergabe:
§ 8a Abs. 4 S. 2 SGB VIII



(Kommunale) Kindertagesstätte

Gefährdungseinschätzung
nach
§ 8a Abs. 4 SGB VIII

Anonymität



Entscheidungsverantwortung liegt beim Beratenen

Insoweit erfahrene
Fachkraft

Beratung
im Hinblick auf die
Einschaltung des ASD
lebt von zugesicherter
Vertraulichkeit

Interdisziplinärer Informationsaustausch im Kinderschutz (SN_2018_0157 Ho)

MiStra-Mitteilung und erste Ermittlungen des JA ergeben gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung iSd § 8a SGB VIII
→ Verfahren zur Einschätzung des Gefährdungsrisikos

1. Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte (§ 8a Abs. 1 S. 1 SGB VIII)

2. Datenschutz bei der Einbeziehung der Erziehungsberechtigten und des Kindes gem. § 8a Abs. 1 S. 2 SGB VIII.

Übermittlungsbefugnis „zur Aufgabenerfüllung“

§ 69 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 2 SGB X

- Grenzen des Umfangs der Datenübermittlung?
- Grenze zwischen Gefahren-einschätzung und -abwehr?

Begleitpflichten des JA

§ 78 Abs. 1, 2 SGB X

- Hinweispflichten gegenüber Datenempfänger/inne/n
- Verpflichtungserklärung
- Hinweise auf Folgen von Pflichtverletzungen?

Familiennachzug zum unbegleiteten Minderjährigen – weiterhin ein Stolperstein!

Familiennachzug zum anerkannten Flüchtling

- EuGH
12.4.2018 – C-550/16
- OVG B-B 4.9.18
-OVG 3 S 47.18
- Auffassung
Auswärtiges Amt 6.9.2018

Familiennachzug zum subsidiär Schutzberechtigten

- § 36a
AufenthG
(neu) seit
1.8.2018
- Kontingent
von 1.000 Visa
pro Monat
nach
humanitären
Kriterien

DIJuF-Rechtsgutachten JAmt 2018, 97 und JAmt 2018, 399

Kopftuchverbot für Fachkräfte der Wirtschaftlichen Jugendhilfe?

VG Kassel 28.2.2018 – 1 K 2514/17.KS
JAmt 2018, 351

Art. 4 GG

Glaubensfreiheit

Staatliche
Neutralität +
Grundrechte
Dritter

Art. 4 GG
§ 45 HBG

Von der äußeren religiösen Bekundung
muss **hinreichend konkrete** Gefahr für die
Schutzgüter ausgehen.

Anrechnung von Pflegegeld nach der Pflegeversicherung auf das Pflegegeld nach SGB VIII?

Grundlage: **Urteil des BVerwG** vom 24.11.2017 – 5 C 15.16, **JAm 2018, 111**

- Anrechnung stellt Verletzung von Bundesrecht dar
- Keine Zweckidentität

Müssen Altbescheide korrigiert werden ?



Aufhebung VA gem.
§ 44 Abs. 1 SGB X.



Kein Antrag erforderlich, sondern
Aufhebung **von Amts wegen.**

Übertragbar auch auf Fälle, in denen **Pflegegeld iRd Eingliederungshilfe nach SGB XII** gezahlt wird?

Kürzung des Barbetrags zur persönlichen Verfügung gem. § 39 Abs. 2 S. 2 SGB VIII als Disziplinarmaßnahme



Inhaber des Anspruchs?

Personensorgeberechtigte oder Minderjährige?



Rechtmäßigkeit der Kürzung?

PRO:

Pädagogische Entscheidung der sorgeberechtigten Anspruchsinhaber

CONTRA:

Rechtsgrundlage (-); Wortlaut: „zur persönlichen Verfügung“

Vermittelnde Ansicht:

Verstoß gegen Mitwirkungspflicht führt im Einzelfall zur Kürzung der BAB, daher Kürzung des Barbetrags zur Schadensregulierung im Einzelfall.

PROBLEM:

- Einnahmeausfall trotz Kürzung der BAB (-), sofern das Land iRd Kostenerstattung (zB UMA) die entstandenen Kosten übernimmt.
- Verstoß gegen Gleichbehandlungsgrundsatz: Einnahmeausfall bei „Schulschwänzerei“ (-) ohne BAB.

Gewöhnlicher Aufenthalt (gA) des Säuglings Art. 8 Abs. 1 Brüssel IIa-VO (ABl 2003, L 338,1)

Bisherige Auslegung:

Säugling teilt den gA seiner Bezugsperson. Insofern kommt es auf deren Bindung zu dem Aufenthaltsort an (EuGH 22.12.2010-Rs C-497/10 PPU FamRZ 2011, 617).

EuGH

**Poln.
Gericht**

Vorlagefrage:

Abgeleitete kulturelle und familiäre Bindungen
oder
Tatsächlicher Aufenthaltsort des Kindes im Alltag und weitere Einzelfallumstände?

Was antwortet nun der EuGH?

EuGH Urteil vom 28.6.2018 – Rs C -512/17 ECLI: EU: C: 2018:513

„Wechselmodell“ bei zusammenlebenden Familien?

DIJuF-Rechtsgutachten vom 5.9.2017, JAmt 2017, 540



**Berechnung der Einsatzbeträge im
Mangelfall unter Berücksichtigung der
Berufstätigkeit und Betreuungsleistung
beider Elternteile.**